

Kontrollfragen Allgemeines und Gemeindeverwaltung (Kanzlei)

1. Was versteht man unter Gewaltentrennung?

Wie heissen die drei Gewalten mit Fremdwort und deutscher Übersetzung?

Die Aufteilung der Staatsgewalt an drei personell und organisatorisch unabhängige Instanzen:
 - Legislative = gesetzgebende Gewalt
 - Exekutive = ausführende Gewalt
 - Judikative = richterliche Gewalt
2. Wer bildet die drei Gewalten beim Bund?

- Exekutive = Bundesrat
- Legislative = National- und Ständerat und das Volk
- Judikative = Bundesgericht (inkl. Eidgenössisches Versicherungsgericht)
3. Welche der drei Gewalten fehlt auf Gemeindeebene (als unabhängige, selbstständige Instanz)?

Die Judikative
4. Wer bildet die Legislative in der Gemeinde?

Stimmbürger an der Gemeindeversammlung oder an der Urne oder in gewissen Gemeinden Gemeindeparlament (Gemeinderat) und Stimmbürger
5. Welchem Gremium gehört ein Mitglied des Gemeindevorstands im Gegensatz zu einem Gemeindegestellten an?

Das Mitglied des Gemeindevorstands gehört der Exekutive, der Gemeindeangestellte der Verwaltung an.
6. Wie lässt sich das angestammte Tätigkeitsgebiet der Verwaltung von den übrigen Staatsfunktionen (Rechtsetzung und Rechtsprechung) abgrenzen?

Verwaltung ist jene Tätigkeit des Staats, die nicht in Rechtsetzung und in der Rechtsprechung besteht.
Kurz auch etwa „Vollzug“ genannt
7. Welche Aufgaben hat die Gemeinde u.a.?

- Schule
- Kulturförderung
- Ortsplanung
- Bau und Unterhalt öffentlicher Werke (Strassen, öffentliche Gebäude, Versorgungsbauten)
- Gewässerschutz
- Natur- und Heimatschutz
- Wasser- und Energieversorgung
- Abfallbeseitigung
- Niedere Polizei wie Sorge für Ruhe und Ordnung und Sicherheit
- Gesundheitspolizei

- Strassen-, Bau- und Feuerpolizei
 - Gewerbe- und Wirtschaftspolizei
 - Niederlassung und Aufenthalt
 - Bestattungsdienst
 - Flur-, Alp- und Forstwesen
 - Sozialhilfe
8. Was sind die Rechtsgüter, zu deren Schutz die niedere Polizei der Gemeinde sorgt?
- Öffentliche Ruhe, Ordnung, Sicherheit, Gesundheit, Sittlichkeit
9. Wo würden Sie die Gemeindekanzlei im Gefüge der Staatsfunktionen (Rechtsetzung, Rechtsprechung, Verwaltung) ansiedeln?
- Im Bereich der Verwaltung, als allgemeine Stabsstelle des Gemeindevorstands und Zentralverwaltung einer Gemeinde
10. Die Verwaltungen üben auch Funktionen aus, die über die eigentliche Verwaltungstätigkeit hinausgehen, indem sie in beschränktem Mass Recht sprechen und Recht setzen. Kennen Sie Beispiele?
- Erlass von Bussenverfügungen (im Bereich des Verwaltungsstrafrechts wie z. B. niedere Polizei, Steuerstrafverfahren, Baupolizei u.a. Vgl. GG Art. 5, Art. 177 ff. Strafprozess-ordnung)
 - Dienstanordnungen (Erlass von Verwaltungsverordnungen zum Vollzug von Gesetzen)
11. Eine Verwaltungsbehörde kann nicht nach eigenem Gutdünken oder willkürlich handeln, sondern muss nach verwaltungsrechtlichen Prinzipien handeln. Nennen Sie einige.
- Legalitätsprinzip oder Gesetzmässigkeitsprinzip
 - Rechtsgleichheitsprinzip (Art. 8 BV)
 - Verhältnismässigkeitsprinzip
 - Prinzip des öffentlichen Interesses
 - Prinzip von Treu und Glauben (Art. 2 ZGB und Art. 9 BV)
12. Was für ein Gebilde sind die Politischen Gemeinden in der juristischen Ausdrucksweise?
- öffentlichrechtliche Körperschaften (Art. 60 KV)
13. Was versteht man unter Gemeindeautonomie?
- Das Recht der Gemeinde auf Selbstverwaltung und die Entscheidungsbefugnis der Gemeinde in den Schranken der übergeordneten Gesetzgebung und bezüglich ihrem Territorium (Art. 2 GG)

14. Welches sind die Organe einer Gemeinde?
- die Stimmberechtigten in der Gemeindeversammlung oder der Urnenabstimmung
 - der Gemeinderat (Gemeindeparlament), wo er nach Gemeindeverfassung vorgesehen ist
 - der Gemeindevorstand (in andern Gemeinden und Kantonen auch Gemeinderat genannt)
 - die Geschäftsprüfungskommission oder die Rechnungsrevisoren
15. Kann das Gemeindeparlament ein kommunales Steuergesetz erlassen?
- Nein, nur die Gemeindeversammlung beziehungsweise die Urnenabstimmung (Art. 9 f. GG)
- Wer hat einen solchen Erlass zu prüfen, bevor er in Kraft tritt?
- Die Kantonsregierung (Art. 42 GG)
16. Ist es zulässig, dass für die Genehmigung der Jahresrechnung und des Voranschlags die Geschäftsprüfungskommission zuständig ist?
- Nein, diese Beschlüsse muss die Gemeindeversammlung (oder allenfalls der Gemeinderat mit Referendumsmöglichkeit) fassen.
17. Steht die Festsetzung des Gemeindesteuerfusses der Legislative oder der Exekutive zu?
- Der Legislative
18. Nach welchen Grundsätzen müssen Steuern und Abgaben erhoben werden?
- Nach den Grundsätzen von Billigkeit und Gerechtigkeit
19. Aus welchen Quellen würden Sie die Anschaffung von zehn Ruhebänken in einem Kurort finanzieren?
- Tourismus(förderungs)abgabe (auch etwa Gästetaxe genannt, früher meist Kurtaxe genannt). (spezielle Abgabe für den Kreis jener, die in speziellem Mass vom Tourismusangebot in einer Gemeinde profitieren)
20. Was bezweckt ein Gemeindeverband?
- Die gemeinsame, zweckmässige Besorgung einzelner Verwaltungsaufgaben durch zwei oder mehrere Gemeinden

21. Wie viele Gemeinden, Kreise und Bezirke zählt der Kanton? 203 Gemeinden, 39 Kreise, 11 Bezirke
22. Hat der Bezirk, die Region oder der Kreis im Kanton Graubünden Gesetzgebungsgewalt? Kreis und Region ja
Bezirk nein, der Bezirk ist eine reine Gerichts- beziehungsweise Verwaltungseinheit ohne Rechtspersönlichkeit.
23. Wie heisst der Kreispräsident Ihrer Lehrortsgemeinde? Individuell
24. Wie viele Regierungsräte hat der Kanton Graubünden? 5
25. Welche Departemente hat der Kanton Graubünden?
- Departement für Volkswirtschaft und Soziales
 - Departement für Finanzen und Gemeinden
 - Erziehungs-, Kultur- und Umweltschutzdepartement
 - Departement für Justiz-, Sicherheit und Gesundheit
 - Bau-, Verkehrs- und Forstdepartement
26. Welche bündnerischen Gesetzes-sammlungen gibt es?
- Die systematische und die chronologische Gesetzessammlung des Kantons Graubünden
- Bündner Rechtsbuch (BR)
 - Amtliche Gesetzessammlung des Kantons Graubünden (AGS)
27. Wie heisst der Begriff für die für öffentliche Verwaltungen (des Bundes, Kantons, der Gemeinden) typische, hoheitliche Handlungsform?
- Verfügung
- Nennen Sie einige Beispiele.
- Baubewilligung, Gastwirtschaftsbewilligung, Steuerveranlagungsverfügung, Verfügung der Feuerpolizei etc.
28. Wie ist eine Verfügung gestaltet beziehungsweise was muss eine Verfügung enthalten?
- Bezeichnung des verfügenden Amtes
 - Datum des Beschlusses beziehungsweise des Versands
 - Adressat der Verfügung
 - den Sachverhalt
 - die Erwägungen inklusive Nennung der angewandten Rechtsvorschriften
 - den Beschluss beziehungsweise das Dispositiv (einschliesslich Kostenent-

- scheid)
- die Rechtsmittelbelehrung -
rechtsgültige Unterschriften -
den Verteiler
29. Worauf muss sich eine Verfügung immer stützen können?
Auf ein Gesetz (ein öffentlich-rechtliches Gesetz)
30. An wen richtet sich eine Verfügung im Gegensatz zu einem Gesetz, wenn man an den Kreis der Adressaten (der Betroffenen) denkt?
An eine bestimmte Person, im Gegensatz zum Gesetz, das sich an eine unbestimmte Vielzahl von Personen richtet (und einen generell umschriebenen Sachverhalt regelt)
31. Stellt folgendes Zitat eine Verfügung dar?
„Art. 11, Verbot zur Entfachung von Feuer: Auf dem gesamten Gemeindegebiet ist im Wald das Entfachen von Feuer untersagt.“
Nein, denn es wird kein konkreter Sachverhalt, eine bestimmte Person betreffend geregelt (also ist es ein Gesetz).
32. Wie könnte man eine Verfügung grob umschreiben?
Eine hoheitliche Anordnung an eine bestimmte Person, gestützt auf ein Gesetz (einen konkreten Fall betreffend)
33. Mit welchen anderen Begriffen werden Verfügungen auch bezeichnet?
- Beschluss (bei Kollegialbehörde)
- Urteil (in Rechtssachen)
- Dekret
34. Was versteht man unter einer Rechtsmittelbelehrung?
Angabe, wo, in welcher Form und innert welcher Frist eine Verfügung angefochten werden kann.
35. Zählen Sie einige Rechtsmittel auf.
- Einsprache
- Beschwerde
- Verwaltungsgerichtsbeschwerde
- Bundesgericht: Beschwerde in öff-rechtl. Angelegenheiten und Verfassungsbeschwerde

36. Mit welchem Rechtsmittel kann eine Verfügung des Gemeindevorstands (in der Regel) weitergezogen werden?
Frist und wohin?
37. In welchem Gesetz ist das Mittel der Beschwerde beschrieben?
38. Wie bezeichnet man das Verhalten, wenn eine Behörde eine Anordnung beziehungsweise eine Verfügung trifft, ohne dem Betroffenen vorher Gelegenheit zur Äusserung zu geben?
39. Wie kann sich der von einer Verfügung Betroffene gegen die Verweigerung des rechtlichen Gehörs zur Wehr setzen?
40. Was verstehen Sie unter Expropriation?
41. Welche Anforderungen sind an einen Protokollführer zu stellen?
42. Welche Arten von Protokollen kennen Sie? Beschreiben Sie deren Charakteristik kurz.
- Beschwerde
 - 30 Tage, an das Verwaltungsgericht des Kantons Graubünden
Verwaltungsrechtspflegegesetz (VRG)
 - Verweigerung des rechtlichen Gehörs (vgl. Art. 16 VRG)
 - Mit Beschwerde an das Verwaltungsgericht des Kantons Graubünden
 - Zwangsenteignung
 - Gewandtheit in Wort und Schrift
 - Präzise Sprache, richtige Darstellung der Sache
 - Sachverstand
 - Unbefangenheit
 - Beschlussprotokoll
(nur Beschluss, Mindestform nach Art. 25 GG für Gemeindeversammlung und Gemeindevorstand)
 - Verhandlungsprotokoll
(Gang der Verhandlung, Erörterungen und Beschluss)
 - Wörtliches Protokoll
(Über längere Passage nur stenografisch oder mit Aufnahme möglich)
 - Vordruck- oder Vorausprotokoll
(Entwurf bei Geschäften, bei denen der Inhalt des Beschlusses zum Voraus erahnt wird)
 - Aktennotiz
(schriftliches Festhalten des Hauptinhalts eines Gesprächs insbesondere für eigene, interne Verwendung)

43. Wie heisst die Behörde, die die Verwaltungs- und Behördentätigkeit in der Gemeinde überprüft? Geschäftsprüfungskommission (eventuell Rechnungsrevisoren)
44. Darf der Gemeindeschreiber bei einer Gemeindevorstandssitzung (Gemeinderatssitzung) mitsprechen? Ja, beratend; er ist jedoch nicht stimmberechtigt.
45. Welches Gültigkeitserfordernis besteht neben dem Volksbeschluss für den Erlass einer Gemeindeverfassung? Besteht dieses Erfordernis auch für Teilrevisionen? Die Genehmigung der Regierung (Art. 96 GG)
Ja
46. Was bedeutet „Kuratel“? Zwangsverwaltung einer Gemeinde als äusserste Aufsichtsmassnahme der Regierung (durch einen von der Regierung bestimmten Kurator)
47. Was bedeutet der Begriff „Submission“? Vergabe von Arbeiten (Auftrag, Werk, Lieferungen u. a.) durch die öffentliche Hand aufgrund eines durch öffentliche Ausschreibung veranlassten allgemeinen Wettbewerbs.
48. Welche kantonalen und kommunalen Gesetzeserlasse bestehen auf dem Gebiet der Submission?
- Submissionsgesetz des Kantons Graubünden (es setzt die Vorgaben des Bundesgesetzes über den Binnenmarkt in kantonales beziehungsweise kommunales Recht um)
- Interkantonale Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen (sie setzt die Vorgaben des GATT-Übereinkommens in Landesrecht um)
49. Welcher Ausdruck wird etwa auch verwendet, wenn in einem Submissionsverfahren ein Auftrag einer bestimmten Firma erteilt wird? Zuschlag oder Vergabe

50. Wie ist mit Briefpost zu verfahren, die ein Submissionsangebot enthält?
 Sie darf erst an der in der Ausschreibung publizierten Offertöffnung geöffnet werden.
51. Welche Vergabeverfahren werden nach Submissionsgesetz unterschieden?
 Prinzip der Verfahren?
 - Offenes Verfahren:
 Öffentliche Ausschreibung
 - Einladungsverfahren:
 Auftraggeber holt Offerten direkt bei mehreren Anbietern nach seiner Wahl ein
 - Freihändiges Verfahren:
 direkte Wahl eines einzelnen Anbieters
52. Was versteht man unter Schwellenwerten?
 Auftragssummen, ab denen ein bestimmter, die Submission regelnder Gesetzeserlass oder ein bestimmtes Vergabeverfahren zur Anwendung kommt.
53. Gilt das Submissionsgesetz auch für die Gemeinden?
 Ja
54. Wie werden die von einem öffentlich-rechtlichen Auftraggeber in einem Submissionsverfahren zur Auswahl eines Anbieters definierten Kriterien genannt?
 Zuschlagskriterien
- Welchem Angebot ist nach Submissionsgesetz grundsätzlich, das heisst ohne Definition besonderer Kriterien, der Zuschlag zu erteilen?
 Dem wirtschaftlich Günstigsten (also nicht unbedingt dem „Billigsten“)
55. Welches Rechtsmittel steht einem in einem Submissionsverfahren nicht Berücksichtigten nach kantonalem Submissionsgesetz innerhalb welcher Frist zu?
 Beschwerde an das Verwaltungsgericht, innert 10 Tagen seit Eröffnung der Verfügung

56. Um welche Frage geht es beim Datenschutz?
- Um den Schutz von Personendaten, das heisst genau die Frage, inwieweit Personendaten erhoben, bearbeitet und Aussenstehenden bekannt gegeben werden dürfen
 - Um die Datensicherung
57. Welche grundsätzlichen Überlegungen müssen Sie bei der Frage, ob persönliche Daten Aussenstehenden bekannt gegeben werden dürfen, anstellen (unabhängig von einer detaillierten Kenntnis der Datenschutzgesetze)?
- Interessenabwägung zwischen Persönlichkeitsschutz (Privatsphäre) und Interesse an Bekanntgabe beziehungsweise Verwendung
 - Prüfung, ob gesetzliche Grundlage besteht oder gesetzlicher Zweck verfolgt wird und Notwendigkeit der Verwendung von Daten besteht.
 - Prüfung, ob Einwilligung vorliegt oder aufgrund der Umstände angenommen werden darf.
 - Intensität der Schutzwürdigkeit der Daten
58. Händigen Sie dem Schützenverein eine Liste mit Namen, Adressen und Jahrgang der in Ihrer Gemeinde wohnhaften Jugendlichen für die Veranstaltung des Jungschützenkurses aus?
- Ja. Aufgrund Art. 5 des Kantonalen Gesetzes über die Niederlassung der Schweizer, weil keine wirtschaftlichen Werbezwecke verfolgt werden.
59. Teilen Sie der Geschäftsstelle der Graubündner Kantonalbank das Geburtsjahr, den Beruf oder den Zivilstand eines in Ihrer Gemeinde wohnhaften Kunden auf Anfrage mit?
- Grundsätzlich nicht, weil die systematische Weitergabe von Personalien zu wirtschaftlichen Werbezwecken verboten ist und für die Bekanntgabe des Zivilstands im Gegensatz zu Geburtsjahr und Beruf keine generelle Ermächtigung besteht.
60. Wie reagieren Sie, wenn eine Privatfirma sich über den Leumund eines Einwohners erkundigt?
- Ohne Einwilligung des Betroffenen und ohne gesetzliche Verpflichtung dazu verweigere ich die Auskunft.

61. Welche Möglichkeit bietet sich Ihnen bei einer telefonischen Anfrage über Personendaten durch eine Ihnen unbekannt Person an, die sich als Angestellte der kommunalen Steuerverwaltung von X ausgibt?
Beantwortung über Rückruf, um festzustellen, ob Person auf der Verwaltung arbeitet oder schriftliche Anfrage verlangen beziehungsweise schriftliche Antwort erteilen.
62. Wie heisst der im Deutsch synonym gebrauchte Begriff für NPM (New Public Management)?
Wirkungsorientierte Verwaltungsführung (WOV)
63. Was bezweckt NPM? Eine
- effizientere,
- nach unternehmerischen Gesichtspunkten orientierte,
- bürgernahe
Verwaltungsführung
64. Was ist das Wesen von NPM? Mögliche Antwort:
Legislative wie Regierung sollen sich auf das Anordnen des WAS (strategischer Bereich) und die Verwaltung auf das WIE (operativer Bereich) beschränken.

65. Kennen Sie ein Beispiel einer kantonalen oder kommunalen Verwaltungsabteilung, wo NPM eingeführt wurde?
- Individuell
(z. B. Kantonales Amt für Informatik Graubünden, Amt für Wald Graubünden, Handelsregisteramt Graubünden, Kantonschule Graubünden)
- Was wurde in jenen Abteilungen geändert beziehungsweise welche grundlegenden Instrumente werden generell bei der Einführung von NPM geändert beziehungsweise geschaffen?
- spezielle gesetzliche Grundlage („Ausnahmeregelung“)
 - Leistungsvereinbarung zwischen Exekutive und Verwaltung zur Herstellung beziehungsweise Lieferung eines Produkts
 - Globalbudget anstelle detailliertem Budget, das heisst lediglich eine Vorgabe des Rechnungsergebnisses (netto oder Ertrag und Aufwand) in der entsprechenden Abteilung, die nach NPM geführt wird
 - Ausbau des Controlling beziehungsweise des Rechnungswesens, um Wirkung messen zu können
66. Was versteht man unter Deregulierung?
- Abbau der hohen Regelungsdichte durch Aufhebung von Gesetzesbestimmungen oder Vereinfachung oder Beschleunigung von Verfahrensabläufen.
67. Aus welchem Grund wird unsere Demokratie auch als Vernehmlassungsdemokratie bezeichnet?
- Weil bei jedem Gesetz eine ausgiebige und breit angelegte Befragung bei allen direkt Betroffenen, eben eine sogenannte Vernehmlassung, vorgenommen wird.
68. Was ist der Inhalt eines Leumundszeugnisses?
- Was bildet die Grundlage dazu?
- Auskunft, ob ein Einwohner in bürgerlichen Ehren und Rechten steht
 - Auszug aus dem Schweizerischen Zentralstrafregister (Art. 7 der kantonalen Verordnung über Strafregister und Leumundszeugnisse)
69. Nennen Sie einige Grundrechte nach Schweiz. Bundesverfassung.
- vgl. Katalog unter „Thematik“
70. Können die Grundrechte eingeschränkt werden? Voraussetzungen?
- Ja, der Kerngehalt ist aber unantastbar.
1. gesetzliche Grundlage
 2. öffentliche Interessen oder Schutz Grundrechte Dritter
 3. Verhältnismässigkeit

71. Nennen Sie einige Pflichten des Schweizer Bürgers.
- Steuerpflicht
 - Schulpflicht
 - Wehrpflicht (Militär, Zivildienst, Zivildienst)
 - an gewissen Orten: Stimmpflicht (Stimmzwang)
72. Welche Beziehungen werden durch das öffentliche Recht geregelt, welche durch das Privatrecht?
- Durch das öffentliche Recht werden die Rechtsbeziehungen zwischen dem Staat als Träger hoheitlicher Gewalt und den Bürgern geregelt; durch das Privatrecht Rechtsbeziehungen zwischen gleichgestellten, autonomen Privatpersonen (einschliesslich juristischen Personen)
73. Welches Recht geht bei widersprechenden Bestimmungen vor?
- Das Recht der übergeordneten Staatsstufe geht dem Recht der unteren Staatsstufe vor; öffentliches Recht geht dem Privatrecht vor
74. Untersteht das Handeln des Staats immer öffentlichem Recht?
- Nein, er tritt auch als Privatrechtssubjekt auf.
75. Nach welchem Grundsatz haben Personen nach der Schweizerischen Rechtsordnung ihre Rechte auszuüben und ihre Pflichten zu erfüllen?
Gesetzesartikel?
- Nach Treu und Glauben.

Art. 2 ZGB
76. Bei welcher Art der Rechtsausübung verwehrt der Gesetzgeber den Rechtsschutz?
- Bei offenbarem Missbrauch. („Der offenbare Missbrauch eines Rechts findet keinen Rechtsschutz.“)
77. Wer ist
- rechtsfähig?
 - handlungsfähig?
 - mündig?
 - urteilsfähig?
- jedermann
 - wer mündig und urteilsfähig ist
 - wer 18 ist
 - wer vernunftgemäss handeln kann
78. Was bedeutet es, rechtsfähig zu sein?
- Die Fähigkeit zu besitzen, Rechte und Pflichten zu haben.
- Was bedeutet es, handlungsfähig zu sein?
- Die Fähigkeit zu besitzen, Rechte und Pflichten selber zu begründen.

- | | |
|---|--|
| 79. Wann beginnt und endet die Rechtsfähigkeit? | Vor der Geburt ist das Kind unter dem Vorbehalt rechtsfähig, dass es lebend geboren wird. Die Rechtsfähigkeit endet mit dem Tode.
(Art. 31 ZGB) |
| 80. Wie wird der Wohnsitz einer Person definiert? | Der Wohnsitz einer Person befindet sich an dem Ort, wo sie sich mit der Absicht des dauernden Verbleibens aufhält. (Art. 23 ZGB) |
| 81. Begründet ein Aufenthalt in einem Heim oder einer Schule einen neuen Wohnsitz? | Nein
(Art. 26 ZGB) |
| 82. Wo können letztwillige Verfügungen amtlich hinterlegt werden? | Kreispräsident |
| 83. Wer ist Testamentseröffnungsstelle? | Kreispräsident |
| 84. Wer stellt Erbescheinigungen aus? | Kreispräsident |
| 85. Welche Arten von Testamenten gibt es? | - öffentliches
- eigenhändiges
- mündliches |
| 86. Welche vormundschaftlichen Organe gibt es? | Vormundschaftsbehörde und deren Aufsichtsbehörde; Vormund; Beirat und Beistand |
| 87. Wo hat ein Bevormundeter seinen Wohnsitz? | Am Sitz der Vormundschaftsbehörde |
| 88. Welche Güterstände kennen Sie? | - Errungenschaftsbeteiligung
- Gütergemeinschaft
- Gütertrennung |
| 89. Welches ist der ordentliche Güterstand? | Errungenschaftsbeteiligung |
| 90. Wie kommt ein Vertrag zustande? | Durch übereinstimmende gegenseitige Willenserklärung der Parteien (m. a. W. zweier oder mehrerer Personen; Art. 102 OR) |
| 91. Ist für einen Vertrag die Schriftform erforderlich? Welche Hauptfunktion erfüllt die Schriftlichkeit? | Nur, wo dies vom Gesetz vorgeschrieben ist. Beweisfunktion |

- | | |
|--|--|
| 92. Wie hat eine Kündigung eines Mietvertrags für eine Wohnung zu erfolgen? | Schriftlich, auf amtlichem Formular |
| 93. Was ist zum Erwerb von Grundeigentum nötig? | Ein Grundbucheintrag |
| 94. In welchem Gesetz ist die Verjährung von Forderungen festgeschrieben? | im OR |
| 95. Was bezwecken die EKAS-Richtlinien über den Beizug von Arbeitsärzten und anderen Spezialisten der Arbeitssicherheit? | Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (Verhütung von Berufsunfällen und Berufskrankheiten) |
| Was heisst die Abkürzung EKAS? | Eidgenössische Kommission für Arbeitssicherheit |
| 96. Wo sind Ihnen in Ihrem Betrieb Sicherheitsmankos aufgefallen? | Individuell |
| Wer ist in Ihrem Betrieb der Sicherheitsbeauftragte? | Individuell |